

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Kelsterbach.** Freizeitbad.

Die Stadt Kelsterbach schreibt erneut die Errichtung eines Freizeitbades einschließlich Planung, Koordination, Zwischenfinanzierung (mit Bautestaten) und Übernahme der Bauinstandhaltungsleistungen aus. Im Unterschied zur ersten Ausschreibung vom März 2007 (Dok.-Nr. 61690-2007), die kürzlich annulliert wurde (Dok.-Nr. 217102-2007), ist die Laufzeit der Instandhaltung von 25 auf 10 Jahre herabgesetzt worden. Auch wird jetzt keine "alternative Projektfinanzierung" mehr verlangt.

Verfahrensart: Beschleunigtes Verhandlungsverfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 9.10.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 225668-2007.

- **Landkreis Nienburg/Weser.** Schule.

Für die Berufsbildenden Schulen Nienburg soll der Neubau der Metallwerkstätten einschließlich Außenanlagen schlüsselfertig erstellt und teilweise mit Maschinen ausgestattet werden. Der Landkreis Nienburg erwartet, dass der Auftragnehmer im Rahmen eines PPP-Inhabermodells ohne Objektgesellschaft Planen, Bauen und Finanzieren aus einer Hand anbietet. Die Finanzierung umfasst die Bauzwischenfinanzierung und die Endfinanzierung über 20 Jahre ab Abnahme der Bauleistungen.

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 23.10.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 218700-2007.

- **Hamburger Friedhöfe AöR.** Bestattungszentrum.

Planungs- und Bauleistungen für ein innovatives Bestattungszentrum der Hamburger Friedhöfe AöR, optional auch Betrieb und Finanzierung sowie Beteiligung an einer zu gründenden Gesellschaft. Gesamtvolumen der Planungs- und Bauleistungen: 13 Mio. Euro.

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 29.10.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 224569-2007.

- **Klinikum Stuttgart.** Klinikgebäude.

Planung, Errichtung und 20-jähriger Gebäudebetrieb eines klinischen Neubaus für ein Zentrum für seelische Gesundheit auf dem Gelände der Betriebsstätte Krankenhaus Bad Cannstatt in Stuttgart. Der Einbindung mittelständischer Unternehmen wird besondere Bedeutung zugemessen. Der Auftraggeber behält sich vor, ggf. nur die Leistung "Planung und Neubau" zu vergeben und auf die Vergabe der Betriebsleistung zu verzichten. Optional ist die Errichtung einer Kindertagesstätte beabsichtigt, deren Realisierung unter Vorbehalt ausreichender Finanzierungsmittel steht.

Die Planungs- und Baukosten werden abhängig vom Baufortschritt, die Kosten für den optionalen Gebäudebetrieb in Abhängigkeit von der tatsächlich erbrachten Betriebsleistung abgerechnet.

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 7.11.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 222357-2007.

- **Kanton Bern (Schweiz).** PPP-Projekt Überbauung Zeughausareal Burgdorf.

Der Auftraggeber beabsichtigt, im Rahmen eines im selektiven Verfahren durchgeführten Gesamtleistungswettbewerbs ein einheitliches Preis/Leistungsangebot für den Abriss der bestehenden Bebauung, die Planung, die Finanzierung, die schlüsselfertige Errichtung (inkl. Erschließung, Außenanlagen und Ausstattung) und den anschließenden Betrieb

- eines Regionalgefängnisses mit 110 Haftplätzen,
- eines Straßeninspektorats inkl. Werkhof und
- eines Verwaltungszentrums

auf dem Zeughausareal in Burgdorf als PPP-Projekt zu beschaffen. Der Betrieb soll für eine Laufzeit von zunächst 25 Jahren übernommen werden. Die Investitionskosten belaufen sich auf rund 100 Mio. Schweizer Franken (ca. 60 Mio. Euro).

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27.11.2007.

Quelle: https://www.simap.ch/edit_lib/appelpub.asp?id=118357&cfc=&grpId=6&lib=Detail

Zuschlagserteilungen

- **Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.** PPP-Berater.
Der Zuschlag für Beratungsleistungen bei PPP-Projekten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Vorbereitung und Durchführung der Machbarkeitsstudie und der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsstudie sowie der Vergabeverfahren ist an **Ernst & Young**, Düsseldorf, gegangen. Gesamtauftragswert: 390.000 Euro.
Quelle: Amtsblatt der EU (TED), Dokumentennummer: 217384-2007.
Gemäß der Berater-Ausschreibung vom Mai 2007 beabsichtigt die Deutschsprachige Gemeinschaft insbesondere Schulen und Bildungseinrichtungen in Eupen über PPP-Modelle zu realisieren.
- **Land Hessen.** Straßenmeistereiprivatisierung.
Den Zuschlag zum Pilotprojekt "Straßenmeistereiprivatisierung Hessen" zur betrieblichen Unterhaltung und Erhaltung des Streckennetzes der Straßenmeisterei Groß-Umstadt hat die **Thüringer Straßenwartungs- und Instandhaltungsgesellschaft (TSI) GmbH** erhalten. Auftragswert: 6,8 Mio. €
Quelle: Amtsblatt der EU (TED), Dokumentennummer: 225514-2007.
Die TSI GmbH wurde 1996 vom Freistaat Thüringen gegründet und 2002 von der STRABAG AG übernommen. Ziel des dreijährigen Pilotprojektes ist es, die Vorteilhaftigkeit einer Übertragung des Leistungsspektrums einer Straßenmeisterei auf ein privates Unternehmen zu überprüfen.
- **Stadt Burgstädt (Sachsen).** Schwimmhalle.
Der Neubau der Schwimmhalle für das "Sportzentrum am Taurastein" in Burgstädt wird von der **Industriebau Wernigerode GmbH**, Wernigerode, realisiert. Im Rahmen eines PPP-Modells waren Bau-, Finanzierungs-, und Wartungsleistungen aus einer Hand anzubieten.
Gesamtauftragswert: rd. 9,8 Mio. Euro.
Quelle: Amtsblatt der EU (TED), Dokumentennummer: 227330-2007.
Die Industriebau Wernigerode hat auch das PPP-Projekt "Bäderzentrum Cottbus" realisiert und erhielt jüngst den Zuschlag für ein PPP-Schulbauprojekt des Landkreises Peine.

Weitere Informationen

- **Schleswig-Holstein.** Markterkundung L 192.
Die im letzten PPP-Newsletter angesprochene Markterkundung für ein PPP-Modell für die Landesstraße L 192 (Süderlügum-Ellund) wird aktuell durchgeführt. Der Fragebogen und das Infomemorandum stehen zum Download bereit unter
http://www.ib-sh.de/markterkundung_l192/
Am **7. November 2007** ist um 10:30 Uhr im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in Kiel eine Veranstaltung zur Präsentation und Diskussion der Ergebnisse der Marktansprache vorgesehen (siehe letzte Seite des Fragebogens).
- **Schleswig-Holstein.** PPP-Forum auf dem NordBau-Kongress 2007.
Im Kongress-Programm der NordBau fand am 17.09.2007 in Neumünster auch ein PPP-Forum statt. Präsentationen zum Download unter: <http://www.ib-sh.de/nordbau-forum/>
- **GEFMA.** Richtlinie 540 erschienen.
GEFMA hat die Richtlinie 540 "Energie-Contracting - Erfolgsfaktoren und Umsetzungshilfen" vorgelegt. Darin wird über Contracting-Arten und die richtige Vorgehensweise für die Realisation eines erfolgreichen Contracting-Projekts informiert. Preis: 36 Euro (für GEFMA Mitglieder kostenlos).
Quelle: <http://www.gefma.de/neuigkeiten.html>
Ende 2007 soll mit GEFMA 124 "Energie-Management" eine weitere Energie-Richtlinie erscheinen.

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
<http://www.BWI-Bau.de>
E.Paulsen@BWI-Bau.de



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **OLG Celle, Beschluss vom 5. September 2007 – 13 Verg 9/07**
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2366>

Kein Ausschluss trotz Änderung der Bietergemeinschaft

Die Vergabestelle schrieb europaweit im Nichtoffenen Vergabeverfahren Bauleistungen aus. Von den fünf zunächst ausgesuchten Bietern blieben bis zuletzt die antragsstellende (BG) sowie die Beigeladene im Wettbewerb. Nach Abgabe ihres Angebots, wurde über das Vermögen eines der Mitglieder der BG das Insolvenzverfahren eröffnet. Der Vertreter der Hierüber wurde die Vergabestelle bereits zuvor unterrichtet. Ohne zuvor die Frage einer fortbestehenden Eignung geprüft zu haben, schloss die Vergabestelle die Antragsstellerin wegen der Insolvenz aus.

Der Vergabesenat des OLG Celle gab dem Nachprüfungsantrag der BG statt, da die Insolvenz eines Mitglieds der BG kein zwingender Ausschlussgrund sei. Zwar habe sich durch die Insolvenz der Mitgliederbestand der BG geändert. Dies führte aber nicht zur Auflösung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Vielmehr konnte die GbR wegen einer – nach § 736 Abs. 1 BGB zulässigen – vertraglichen Fortsetzungsklausel unter Ausschluss des insolventen Mitglieds fortgesetzt werden.

Das geöffnete Angebot der BG habe sich nicht nachträglich in einer Weise verändert, die einen Ausschluss erzwingt. Zwar dürfe die rechtliche Identität des Bieters zwischen Submissionstermin und Zuschlagserteilung nicht verändert werden (vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 18. Oktober 2006 - VII-Verg 30/06). Eine solche Änderung läge aber hier nicht vor. Abzustellen sei auf die rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR, vgl. zur Teilrechtsfähigkeit BGH, Urteil vom 29. Januar 2001 – II ZR 331/00). Diese GbR sei Zuordnungsobjekt der Rechtsbeziehungen mit der Auftraggeberin. Auf diese Rechtsbeziehungen habe ein Wechsel im Mitgliederbestand aber keinen Einfluss.

Gegebenenfalls änderten sich aber durch den Wechsel der Mitglieder der BG Umstände, die für die Eignung der BG von Bedeutung seien. Ergeben sich nachträglich Umstände, die die Eignung des Bieters in Frage stellen, könne und müsse die Vergabestelle erneut in die Eignungsprüfung eintreten, weil sie nicht gezwungen sein könne, wissentlich einen ungeeigneten Bieter zu beauftragen.

Das Ergebnis des OLG Celle überrascht. Nahezu einhellig wurde bisher in Rechtsprechung und Literatur vertreten, dass die Änderung der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft zwischen Angebotsabgabe und Zuschlagserteilung grundsätzlich unzulässig sei: Der Inhalt eines Angebotes dürfe – unabhängig von Fragen der Eignung – nachträglich nicht verändert werden. Zum Inhalt des Angebotes gehöre eben nicht nur die Beschaffenheit der versprochenen Leistung, sondern auch die Person des bzw. der Leistenden (vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 18. Oktober 2006 VII-Verg 30/06; Beschluss vom 24. Mai 2005 – VII-Verg 28/05; Beschluss vom 26. Januar 2005 – VII-Verg 45/04).

Gerade diese Person der Leistenden soll nach – ebenfalls sehr formeller – Auffassung des OLG Celle aber einzig die GbR und nicht die einzelnen Gesellschafter sein. Scheidet in einer mindestens dreigliedrigen GbR dann ein Mitglied aus, soll ein Ausschluss nur nach erneuter Prüfung möglich sein.

Dieses Ergebnis trägt sicherlich dem Einzelfall Rechnung. Konsequenterweise hieße dies aber auch, dass weitere nachträgliche Änderungen des Mitgliederbestandes – innerhalb der Grenzen des kartellrechtlich Zulässigen – erlaubt sind: Zu denken ist hier insbesondere an den freiwilligen Aus- aber auch Eintritt weiterer Unternehmen. Denn auch hier bleibt – der Argumentation des OLG Celle

folgend – die Identität der GbR erhalten. Ob diese weite Gleichstellung der GbR mit den –vergabe-rechtlich zulässigen - Änderungen in der Gesellschafterstruktur einer GmbH beabsichtigt ist und sich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Wünschenswert wäre es daher, wenn diese Frage dem Bundesgerichtshof vorgelegt werden würde, damit eine rechtssichere Antwort auf diese in höchstem Maße praxisrelevante Frage gegeben wird.

Mütze Korsch Rechtsanwälts-gesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

